
1877/J XXII. GP

Eingelangt am 16.06.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Schopf, Keck, Krist

und Genossen

an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie

betreffend **Postbusprivatisierung**

Die Fusionierung von Postbus und Bahnbus war ohne Zweifel eine absolut sinnvolle Maßnahme. Die EU bestätigte, dass diese Fusion kartellrechtlich kein Problem darstellt. Um so unverständlicher ist daher die Tatsache, dass nun 30 Prozent der Linien und Dienststellen „in maßgeschneiderten Paketen“ an private Busunternehmen verkauft werden sollen. Dadurch wird der gewinnbringende öffentliche Post-Bahn-Bus wirtschaftlich dauerhaft geschwächt und es droht die Gefahr, dass die weniger frequentierten Linien in den ländlichen Regionen auf mittlere Sicht stillgelegt werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie nachfolgende

Anfrage

- 1) Grob gesagt ist ein Drittel der Post-Bahn-Bus-Linien gewinnbringend, ein Drittel ausgeglichen und ein Drittel ist nicht ohne Abgang zu betreiben. Können Sie garantieren, dass dem Unternehmen nicht dadurch desaströse wirtschaftliche Konsequenzen drohen, dass vor allem die erstgenannten lukrativen Linien bzw. Dienststellen an die privaten Interessenten veräußert werden?
- 2) Wie beurteilen Sie die geplante (auch in diversen Medien bereits so kolportierte) Vorgangsweise, diese Teilprivatisierung nur mit österreichischen Busunternehmen und ohne Ausschreibung abzuwickeln, vom (europa-)rechtlichen Standpunkt?
- 3) Stimmt es, dass für den Fall, dass es aufgrund der in Frage 2) geschilderten Vorgangsweise irgendwelche Schwierigkeiten geben sollte, die Postbus AG bzw. deren Vorstand haftungsfrei gestellt wird?
- 4) Werden die Verträge mit den erwerbenden Firmen unter der Bedingung abgeschlossen, dass diese die Konzession für das zugehörige Gebiet erhalten und wenn ja, wie wird die Rückabwicklung geregelt, wenn diese Konzessionen nicht erteilt werden?
- 5) Wurde das Unternehmen bzw. jene Unternehmensteile, die veräußert werden sollen, bewertet? Wenn ja: von wem wurde die Bewertung durchgeführt und welche Ergebnisse hat sie gebracht?

- 6) Wird es für die neuen Linienbetreiber Auflagen wie zum Beispiel eine Betriebspflicht geben?